


[Nachrichten](#) / [Gifhorn](#)

Turbulenzen um Windkraft-Verträge

Rethen und Zicherie/Brome sind Vertragspartner von "Winkra" – Staatsanwaltschaft prüft Kopplungs

Von Barbara Benstem



Großansicht 

GIFHORN. Rauen Wind auf die Rotorblätter bekommt in diesen Tagen die Windanlagenbetreiberfirma Winkra. Von Korruption "Kopplungsverträgen" mit den Gemeinden ist die Rede. Im Landkreis Gifhorn betreibt die Firma mit Stammsitz in Hannover die Anlagen in Zicherie/Brome und Rethen. Beide Gemeinden weisen die Vorwürfe, als Partner auf unerlaubte Abschlüsse eingegangen zu sein, zurück.

Adolf Banner, Bürgermeister vom Flecken Brome: "Wir haben mit Winkra einen städtebaulichen Vertrag abgeschlossen. Da die Firma für die Inanspruchnahme unserer Infrastruktur zahlt. Ich kann daran nichts Schlechtes finden. Im Gegenteil – alles andere wäre Ungerechtigkeit gegenüber dem steuerzahlenden Bürger." Dennoch habe er, als die Vorwürfe öffentlich wurden (die Rundschau vom 11.11.2004), die Kommunalaufsicht befragt. Banner: "Man hat mir gesagt, wir sollten in Ruhe abwarten, was die Ermittlungen bringen. Aus dem Grunde Handlungsbedarf."

Rethens Bürgermeister Heinrich Hintze: "Ich bin mir keiner Schuld bewusst. Es ist aber in Ordnung, wenn der Vertrag überprüft werden muss. Wir leben schließlich in einem Rechtsstaat." Auch in Rethen bekommt die Gemeinde von Winkra Geld dafür, dass der Anlagenbetreiber die Infrastruktur nutzt.

Jürgen Lendeckel, Sprecher der Staatsanwaltschaft Hannover, erklärte auf Anfrage unserer Zeitung: "Es geht nicht darum, dass zwischen Winkra und den Gemeinden Verwaltungsmitarbeiter oder Politiker einen persönlichen Vorteil verschafft haben könnten, sondern dass durch Kopplungsverträge die Gemeinde unzulässigen Vorteil hat." Es müsse in jedem Fall geklärt werden, welche Kopplungsverträge verboten sind. "Vermutlich haben die wenigsten Betroffenen gewusst, dass sie sich strafbar gemacht haben könnten."

Gelassen sieht unterdessen Winkra-Geschäftsführer Ingo Kanira dem Ergebnis der Ermittlungen entgegen: "Solche Verfahren sind normal. Bisher fehlt allerdings die höchst-richterliche Stellungnahme dazu. Dann könnte die Frage ein für alle mal vom Tisch kommen."

Donnerstag, 11.11.2004